

Daseinsvorsorge – wichtige Grundlage einer gesunden Basisdemokratie in den Städten und Gemeinden Deutschlands

von Dr. Schacht, Januar 2012

1. Sinn und Inhalt der Daseinsvorsorge

Das Wort „Daseinsvorsorge“ beschreibt die staatliche und kommunale Aufgabe, den Bürgerinnen und Bürgern eines Landes die erforderlichen Leistungen und Güter für ein sinnvolles und würdiges menschliches Dasein kostengünstig und in guter Qualität bereitzustellen. Zu dieser so genannten Grundversorgung, an der ein öffentliches Interesse besteht, gehören:

- Transport- und Verkehrswesen
- Stromversorgung
- Gasversorgung
- Wasserversorgung
- Müll- und Abwasserentsorgung
- Bildung und Kultur
- Medizinische Fürsorge
- Sozialfürsorge

Diese dem Gemeinwohl dienenden Leistungen sind zwar im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung verfassungsrechtlich geschützt (siehe Art. 28 Abs. 2 des Grundgesetzes), dürfen jedoch in der Praxis nicht als verfassungsgemäße Staatsaufgabe bezeichnet werden (siehe <http://de.wikipedia.org/wiki/Daseinsvorsorge>).

Aufgrund der schrittweisen Auflösung des „Sozialstaates“ und der „sozialen Marktwirtschaft“ kennen immer weniger junge Menschen das Wort „Daseinsvorsorge“. Über den Begriff, den Inhalt und Sinn dieses Wortes gehen die Meinungen stark auseinander. Während die einen behaupten, dass es sich um einen verfassungsrechtlich geschützten Aspekt des Sozialstaates handelt, der die Basisdemokratie im weitesten Sinne schützt, stützt und entwickelt, meinen die anderen, dass alle traditionellen Leistungen der Daseinsvorsorge nur noch von konkurrierenden privaten Unternehmern gekauft und verkauft werden dürfen. In den Massenmedien, insbesondere im Internet, ist nicht zu übersehen, dass der eigentliche Sinn des Wortes „Daseinsvorsorge“ schon seit vielen Jahren bewusst entstellt und diskriminiert wird (siehe <http://www.attac-duesseldorf.de/vortraege/folien/privatisierung.pdf>).

Daseinsvorsorge – wichtige Grundlage einer gesunden Basisdemokratie in den Städten und Gemeinden Deutschlands

von Dr. Schacht, Januar 2012

2. Kommunale Daseinsvorsorge in der Energieversorgung

Bis zum Anfang der 90er Jahre war die Energieversorgung in vielen Städten und Gemeinden der BRD noch ein untrennbarer Bestandteil der Daseinsvorsorge. Sie besaßen kommunale Unternehmen mit eigenen Netzen und Energieerzeugungsanlagen und konnten ihren Bürgerinnen und Bürgern die Energieträger Gas und Strom in guter Qualität und zu angemessenen Preisen bereitstellen. Die Service-Abteilungen für Wartung und Instandhaltung der eigenen Energieanlagen waren in der Regel gut besetzt und die Menschen spürten, dass sich engagierte und qualifizierte Arbeitskräfte der Kommune um ihre Probleme, Sorgen und Nöte kümmerten. Die Erlöse der kommunalen Stadtwerke flossen in Entwicklungsprojekte der eigenen Region. Die guten und oft sehr persönlichen Kontakte zwischen den Bürgern und den Kommunalpolitikern wurden durch eine praktisch gelebte Daseinsvorsorge vertieft und ausgebaut.



Daseinsvorsorge – wichtige Grundlage einer gesunden Basisdemokratie in den Städten und Gemeinden Deutschlands

Dr. Schacht, Januar 2012

3. Vermarktung der Daseinsvorsorge

Nach dem erfolgreichen Abschluss der Privatisierung einer Vielzahl staatlicher Industrieunternehmen in den Jahren von 1965 bis 1989 (z.B. VEBA AG, Salzgitter AG, VIAG AG, Lufthansa) begann in den 90er Jahren mit Unterstützung der Europäischen Union eine Welle der Vermarktung vieler kommunaler Versorgungseinrichtungen (Post, Telekommunikation, Strom, Gas, Wasser), die seit Ende des 19. Jahrhunderts in Deutschland in öffentlicher Hand lagen. Dieser Prozess fand seinen Abschluss in der Privatisierung der gesamten sozialen und kulturellen Infrastruktur. Damit wurden praktisch alle kommunalen Güter, Dienstleistungen, materielle und immaterielle Ressourcen, Natur- und Bodenschätzen an private Unternehmen verkauft (Bildung, Wissenschaft, sozialer Wohnungsbau, Verkehr, Gesundheit, Pflege, Sozialsysteme u.v.a.m.). Die bisher auf das Gemeinwohl orientierten staatlichen und kommunalen Einrichtungen, ihre Leistungen und Güter unterlagen damit den harten Gesetzen des Konkurrenzkampfes und dem Streben der Unternehmen nach Maximalprofit.



Daseinsvorsorge – wichtige Grundlage einer gesunden Basisdemokratie in den Städten und Gemeinden Deutschlands

Dr. Schacht, Januar 2012

4. Private Daseinsvorsorge in der Strom- und Gasversorgung

Der Kauf der kommunalen Energieanlagen und Versorgungsnetze erfolgte mit dem Versprechen der neuen Eigentümer, dass

- die Städte und Gemeinden erhebliche Kosten einsparen werden,
- die Bevölkerung besser und effizienter mit Energie versorgt wird,
- die Energiepreise für die Kunden sinken werden,
- sich das Angebot, die Qualität und der Service für die Kunden verbessern werden,
- mehr Arbeitsplätze geschaffen werden und dass
- die Städte und Gemeinden an den Gewinnen durch Konzessionsabgaben beteiligt werden.



Wie wurden diese Versprechen eingehalten? Während die vier großen Energiekonzerne E.ON, RWE, Vattenfall Europe und Energie Baden-Württemberg regelmäßig Rekordgewinne einfahren, sind die ständig steigenden Strom- und Gaspreise für viele Kunden in unserem Land kaum noch bezahlbar. Im internationalen Vergleich sind die deutschen Energiepreise so hoch wie nie zuvor (Bild 1).

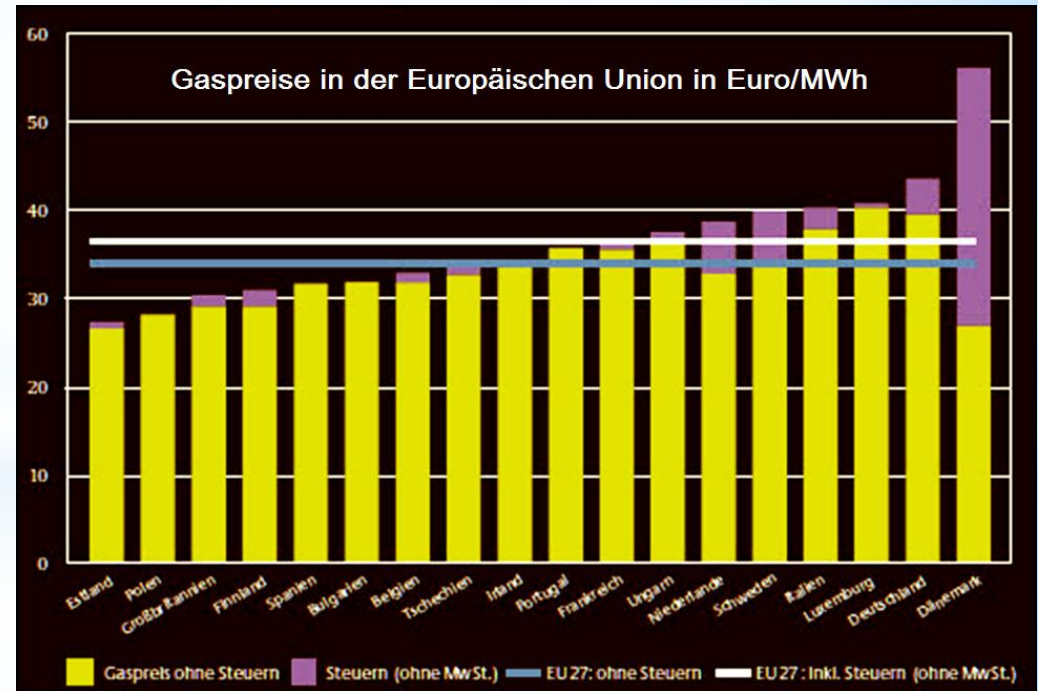


Bild 1 (Quelle: Eurostat, BMWi-Energiedaten, Tabelle 30, 2009)

Daseinsvorsorge – wichtige Grundlage einer gesunden Basisdemokratie in den Städten und Gemeinden Deutschlands

Dr. Schacht, Januar 2012



Bild 2 zeigt die typische Entwicklung des Stromverbrauchs und der spezifischen Strompreise für einen Kunden des E.ON-Konzerns. Durch kostenintensive Einsparungsmaßnahmen hat er in 10 Jahren (2001 bis 2010) seinen Stromverbrauch von ca. 7,4 MWh/Jahr auf 3,5 MWh/Jahr (d.h. um 47,3%) gesenkt (rote Linie). Im gleichen Zeitraum sind die spezifischen Stromkosten von 12,038 auf 20,772 ct/kWh, d.h. um rund 73% angestiegen (blaue Linie).

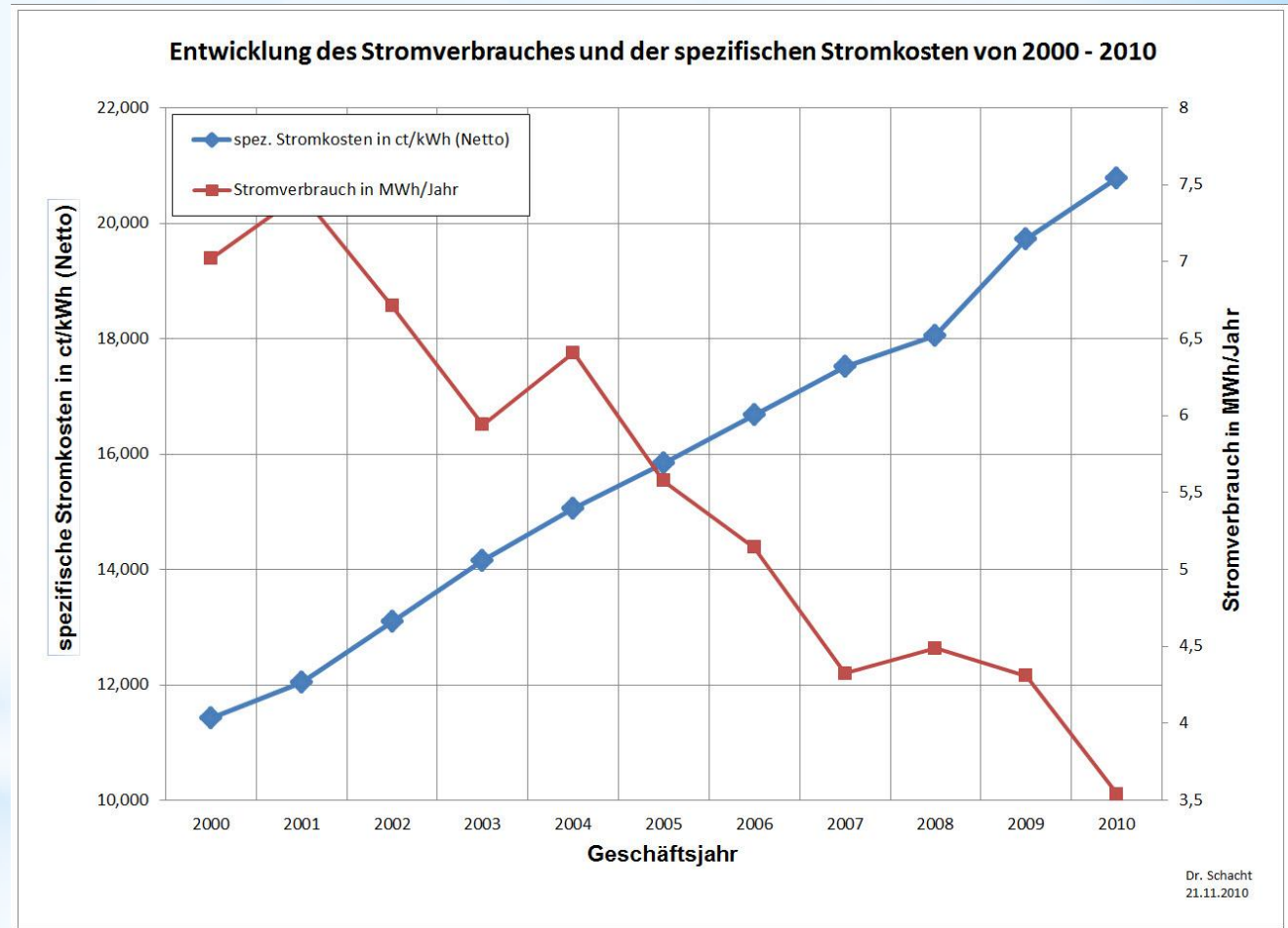


Bild 2

Daseinsvorsorge – wichtige Grundlage einer gesunden Basisdemokratie in den Städten und Gemeinden Deutschlands

Dr. Schacht, Januar 2012

Einem analogen Trend folgen auch die Gaspreise. Bild 3 zeigt die typische Entwicklung des Gasverbrauchs und der spezifischen Preise für einen Kunden des E.ON-Konzerns. Im Interesse eines effizienten Energieeinsatzes, der Ressourcenschonung und Sicherung der Energieversorgung künftiger Generationen hat dieser Kunde im Zeitraum von 2001 bis 2010 den Gasbezug in seinem Haus von ca. 27,3 MWh/ Jahr auf 7,6 MWh/Jahr, d.h. um 72%, gesenkt (rote Linie). Im gleichen Zeitraum sind die spezifischen Gaskosten von 3,985 ct/kWh auf 7,107 ct/kWh (blaue Linie), d.h. um 43,9% angestiegen.

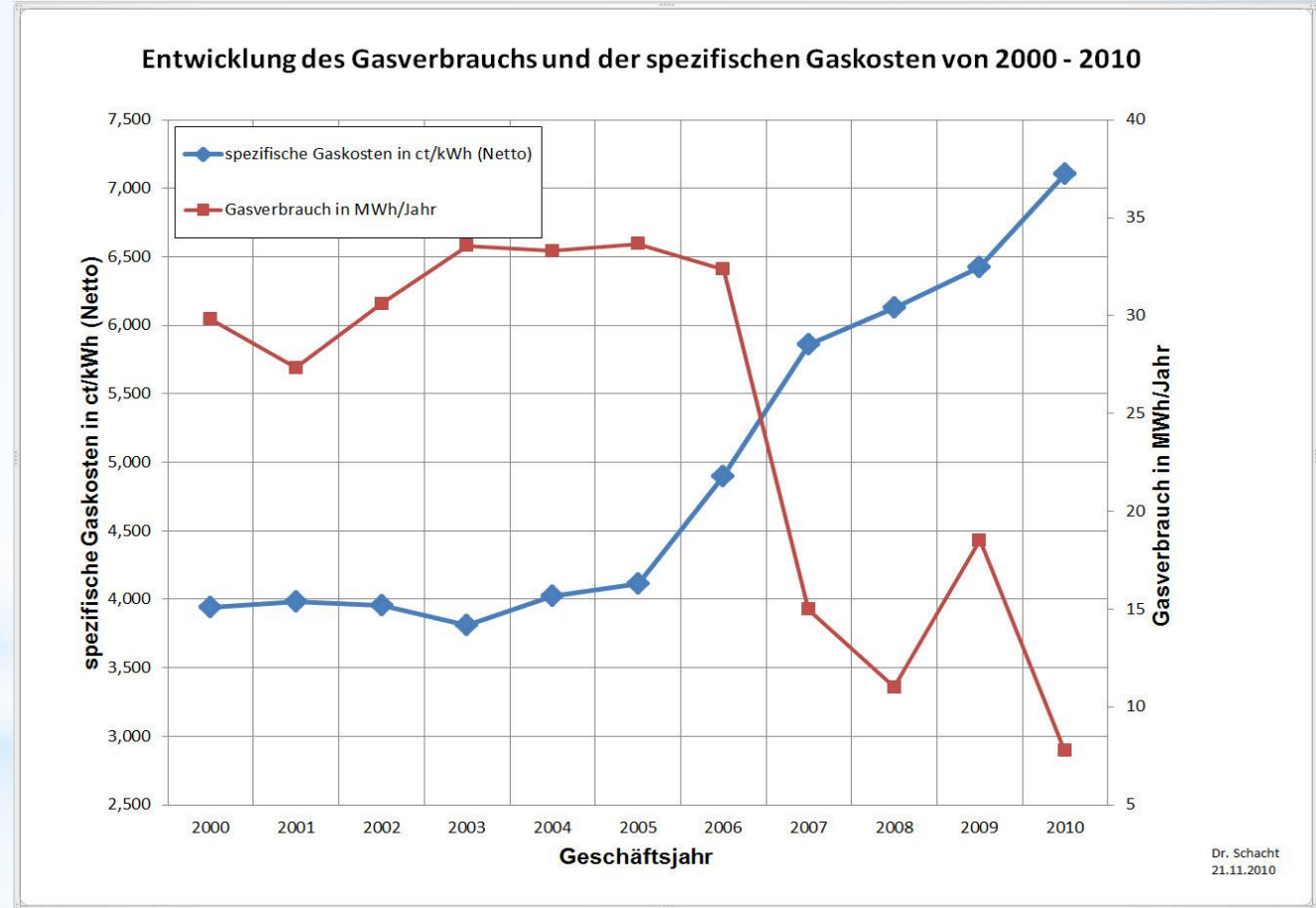


Bild 3

Daseinsvorsorge – wichtige Grundlage einer gesunden Basisdemokratie in den Städten und Gemeinden Deutschlands

Dr. Schacht, Januar 2012

Die Angemessenheit und Notwendigkeit dieser ständigen Preiserhöhungen können von den Energiekonzernen nicht nachgewiesen werden. Ihre ständigen Behauptungen in Briefen an die Kunden, dass günstigere Einkaufspreise für Erdgas (Bild 4) an den Kunden weitergereicht werden, stehen im diametralen Widerspruch zur tatsächlichen Preisentwicklung der letzten 10 Jahre (siehe Bild 3).

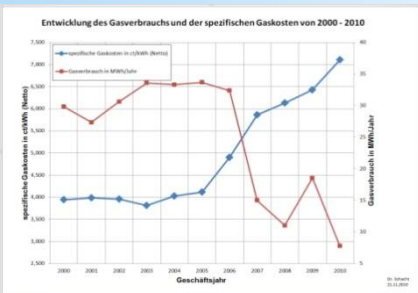
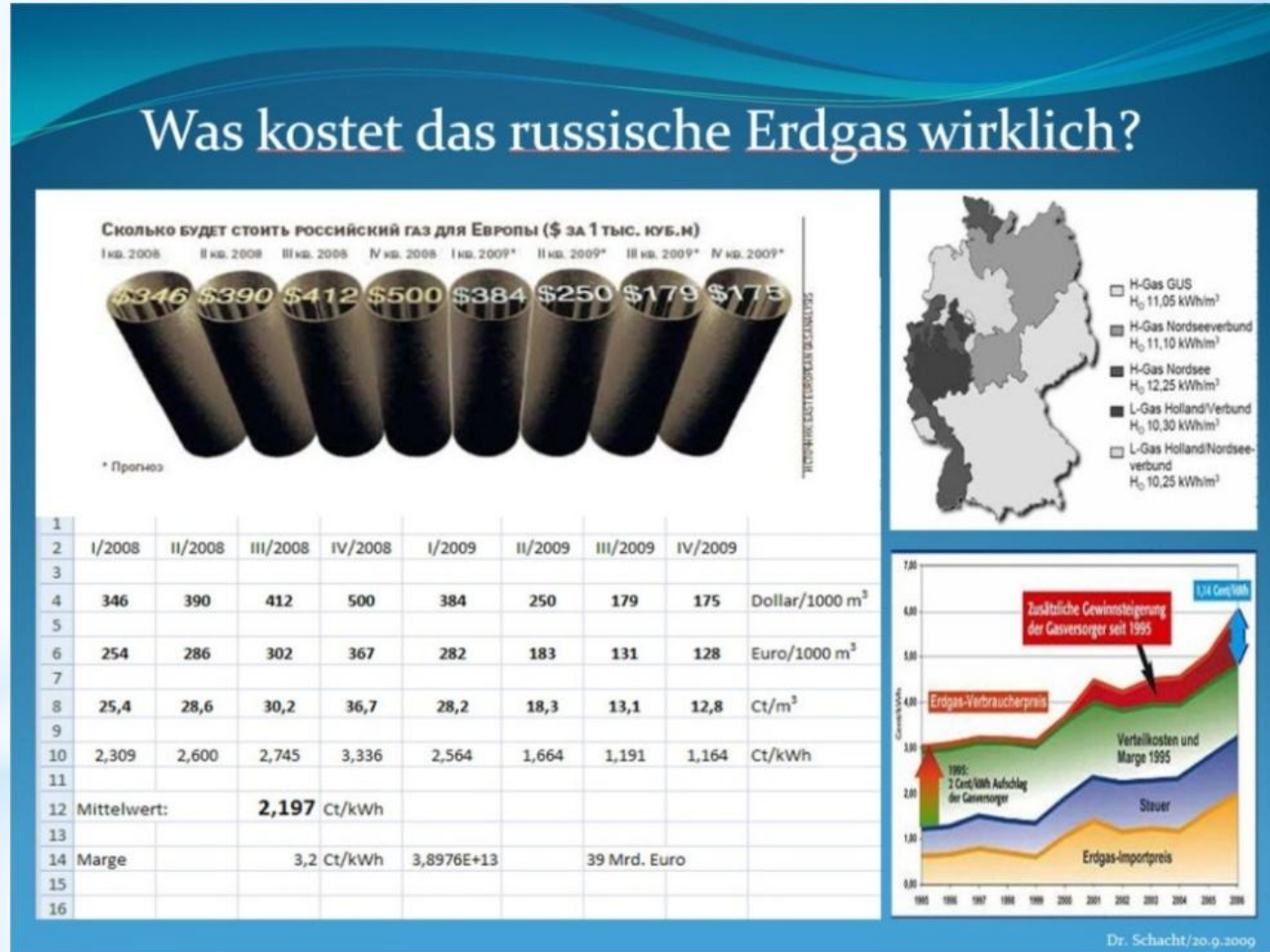


Bild 4 (Quelle: <http://www.gazprom.ru/marketing/europe/>)

Daseinsvorsorge – wichtige Grundlage einer gesunden Basisdemokratie in den Städten und Gemeinden Deutschlands

Dr. Schacht, Januar 2012

Besondere Beachtung verdient auch die Tatsache, dass viele Gasabrechnungen nicht auf der Grundlage der sich zeitlich verändernden kalorischen Gasbrennwerte (kWh/m^3 i.N.) erfolgen. Es lässt sich leicht nachweisen, dass vom E.ON-Konzern versucht wird, mit überdurchschnittlich hohen Brennwerten für das gesamte Gasbezugsjahr die Rückgänge im Gasabsatz teilweise zu kompensieren (Bild 5).

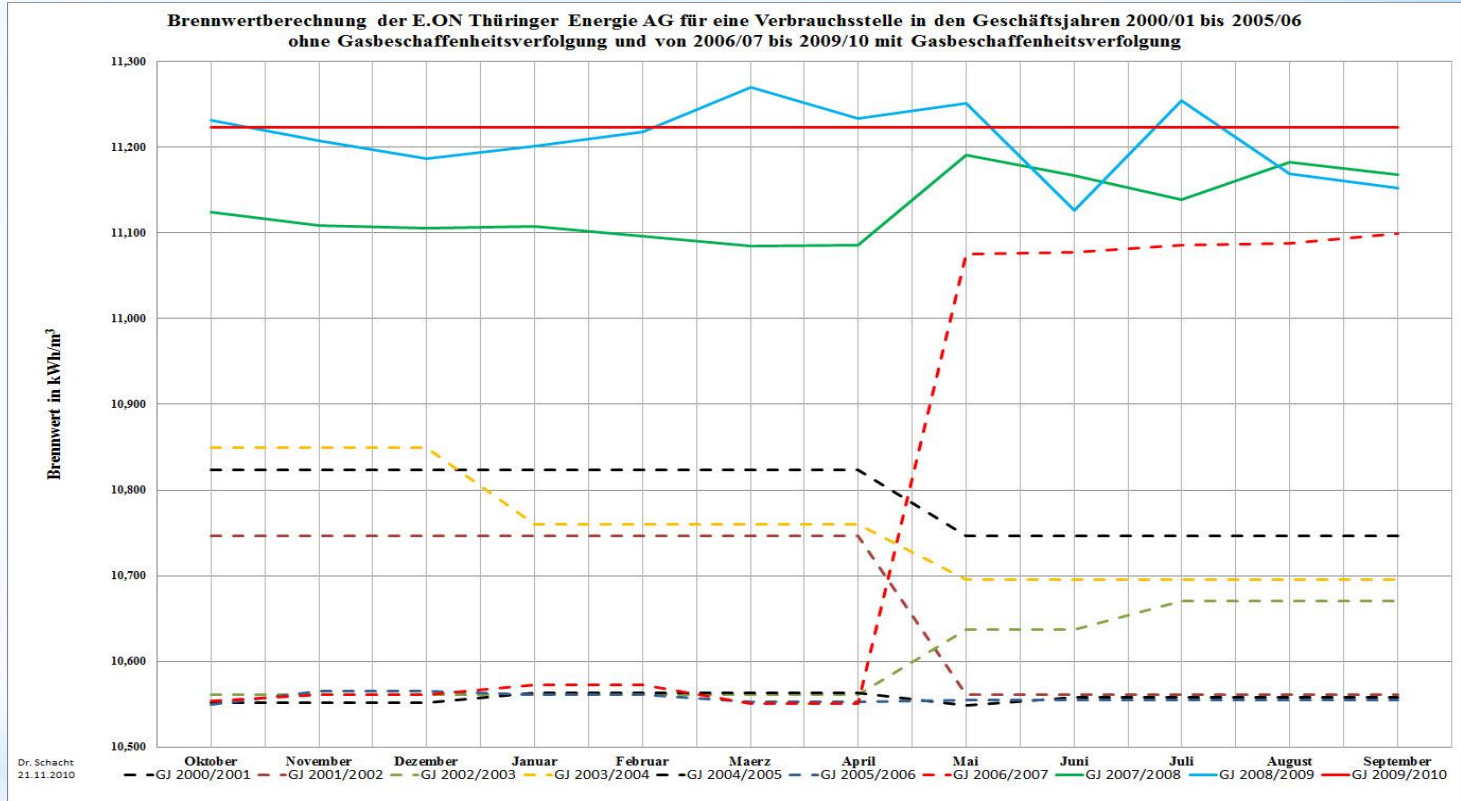


Bild 5

Die ständig steigenden Strom- und Gaspreise sind offensichtlich der Tatsache geschuldet, dass die Hauptaktionäre der Energiekonzerne E.ON, RWE, Vattenfall Europe und Energie Baden-Württemberg von ihren Unternehmen immer höhere Dividenden fordern. Von den Vorständen und Geschäftsführungen werden diese Forderungen zielstrebig und erbarmungslos umgesetzt. Das Versprechen der neuen Eigentümer, die Strom- und Gasversorgung für die Kunden effizienter und kostengünstiger zu gestalten hat sich als eine Lüge erwiesen.

□	H-Gas GUS	H_o 11,05 kWh/m^3
■	H-Gas Nordseeverbund	H_o 11,10 kWh/m^3
■	H-Gas Nordsee	H_o 12,25 kWh/m^3
■	L-Gas Holland/Verbund	H_o 10,30 kWh/m^3
■	L-Gas Holland/Nordseeverbund	H_o 10,25 kWh/m^3

Daseinsvorsorge – wichtige Grundlage einer gesunden Basisdemokratie in den Städten und Gemeinden Deutschlands

Dr. Schacht, Januar 2012

5. „Götter“ und „Evangelium“ der privaten Daseinsvorsorge

Die „Götter“ der privaten Daseinsvorsorge sitzen ganz oben in Ihren Palästen aus Stahl und Glas (Bild 6). Sie predigen das neue „Evangelium“ und spielen mit den „kleinen Zahlen“.



Bild 6 (Quellen: Internet)

Daseinsvorsorge – wichtige Grundlage einer gesunden Basisdemokratie in den Städten und Gemeinden Deutschlands

Dr. Schacht, Januar 2012

Was für eine Spiel das ist, wird aus dem folgenden einfachen Rechenbeispiel verständlich:

Im Jahre 2009 betrug der Gasabsatz des E.ON-Konzerns laut eigenen Angaben 1.218 Mrd. kWh. Eine für den einzelnen Kunden (HuK – Haushalt- und Kleingewerbekunden) kaum spürbare Gaspreiserhöhung von 0,001 ct/kWh (das sind z.B. für den im Bild 3 dargestellten Kunden nur 0,22 Euro/Jahr) bedeutet für den Konzern ein Mehrerlös von sage und schreibe

12,18 Mio. Euro/Jahr.

Angesichts dieser und vieler anderer Möglichkeiten zur Gewinnmaximierung, auf die in diesem Artikel nicht weiter eingegangen werden kann, ist es nur legitim, dass die Mitglieder der Vorstände auch ordentlich bezahlt werden (Bild 7). Auch für ihre Rente ist vorgesorgt (Bild 8).

Bitte keinen Neid!

Gesamtvergütung des Vorstands für 2007						
in €	Grundvergütung	Tantieme	Sonstige Bezüge	Wert der gewährten Performance-Rechte (2. Tranche)	Summe	Anzahl gewährter Performance-Rechte (2. Tranche)
Dr. Wulf H. Bernotat	1.240.000	2.880.000	47.241	1.164.278	5.331.519	13.987
Dr. Burckhard Bergmann	750.000	1.760.000	28.939	689.893	3.228.832	8.288
Christoph Dänzer-Vanotti	600.000	1.410.000	18.103	551.964	2.580.067	6.631
Lutz Feldmann	600.000	1.410.000	39.918	551.964	2.601.882	6.631
Dr. Hans Michael Gaul (bis 31. März 2007)	187.500	440.000	6.606	172.473	806.579	2.072
Dr. Marcus Schenck	600.000	1.410.000	33.343	551.964	2.595.307	6.631
Dr. Johannes Teysen	750.000	1.760.000	86.315	689.893	3.286.208	8.288
Summe	4.727.500	11.070.000	260.465	4.372.429	20.430.394	52.528

Bild 7 (Quelle: Geschäftsbericht der E.ON 2007)

	Aktuelle Höhe der Ruhegeldanwartschaft zum 31. Dezember 2007		Höhe der Zuführung zu den Pensionsrückstellungen im Jahr 2007	
	in % des Grundgehalts	absolut in €	in €	davon Zinsaufwand in €
	Dr. Wulf H. Bernotat	70	868.000	1.493.957
Dr. Burckhard Bergmann	-	743.608	919.757	562.382
Christoph Dänzer-Vanotti ¹⁾	50	300.000	828.280	52.468
Lutz Feldmann	50	300.000	208.538	95.843
Dr. Hans Michael Gaul ²⁾	-	-	109.686	109.686
Dr. Marcus Schenck ¹⁾	50	300.000	366.974	2.144
Dr. Johannes Teysen	70	525.000	590.867	259.331

1) Pensionsanwartschaft ist noch verfallbar
2) Pensionseintritt zum 1. April 2007

Bild 8 (Quelle: Geschäftsbericht der E.ON 2007)

$$1,218 \cdot 10^9 \cdot \frac{kWh}{Jahr} \cdot 0,001 \frac{ct}{kWh} \cdot \frac{1 \cdot Euro}{100 \cdot ct} = 12,18 \text{ Mio. Euro/Jahr}$$

Daseinsvorsorge – wichtige Grundlage einer gesunden Basisdemokratie in den Städten und Gemeinden Deutschlands

Dr. Schacht, Januar 2012

6. Bedienstete der privaten Daseinsvorsorge

Mit einer Vielzahl von ausgefeilten Mitteln und Methoden der Bezahlung, durch bestimmte Privilegien, Differenzierungen, Ausgrenzungen, Überwachungen, permanente Veränderungen in der Unternehmensstruktur, immer neue Aufgabenverteilung, Kampagnen, Aktionen, Überstunden u.v.a.m. sorgen die Vorstände und Geschäftsführungen des E.ON-Konzerns für ständig schwelende Unsicherheit, Angst um den Arbeitsplatz, Untertanengeist, Neid und Missgunst unter ihren Bediensteten.

Trotz regelmäßiger Maßnahmen zur Verbesserung des Teamgeistes, ist das Führungsprinzip „divide et impera“ („Teile und herrsche“) allgegenwärtig. Es ist nicht zu übersehen und ständig präsent.

Der Abbau von 11.000 Arbeitsplätzen beim E.ON-Konzern wurde Ende des Jahres 2011 zur Chefsache. Dass dies nichts Neues ist, beweisen die Zahlen über die gravierende Reduzierung der Arbeitsplätze in den ostdeutschen Filialen von 1991 bis 1997 (Bild 9). Seit 1980 wurden insgesamt mehr als 127.000 Arbeitsplätze im Energiesektor abgebaut. Das Versprechen der privaten Strom- und Gasriesen mehr Arbeitsplätze zu schaffen, erweist sich demnach ebenfalls als eine Lüge (http://www.boeckler.de/pdf/p_wsi_brandt_schulten_europa.pdf).

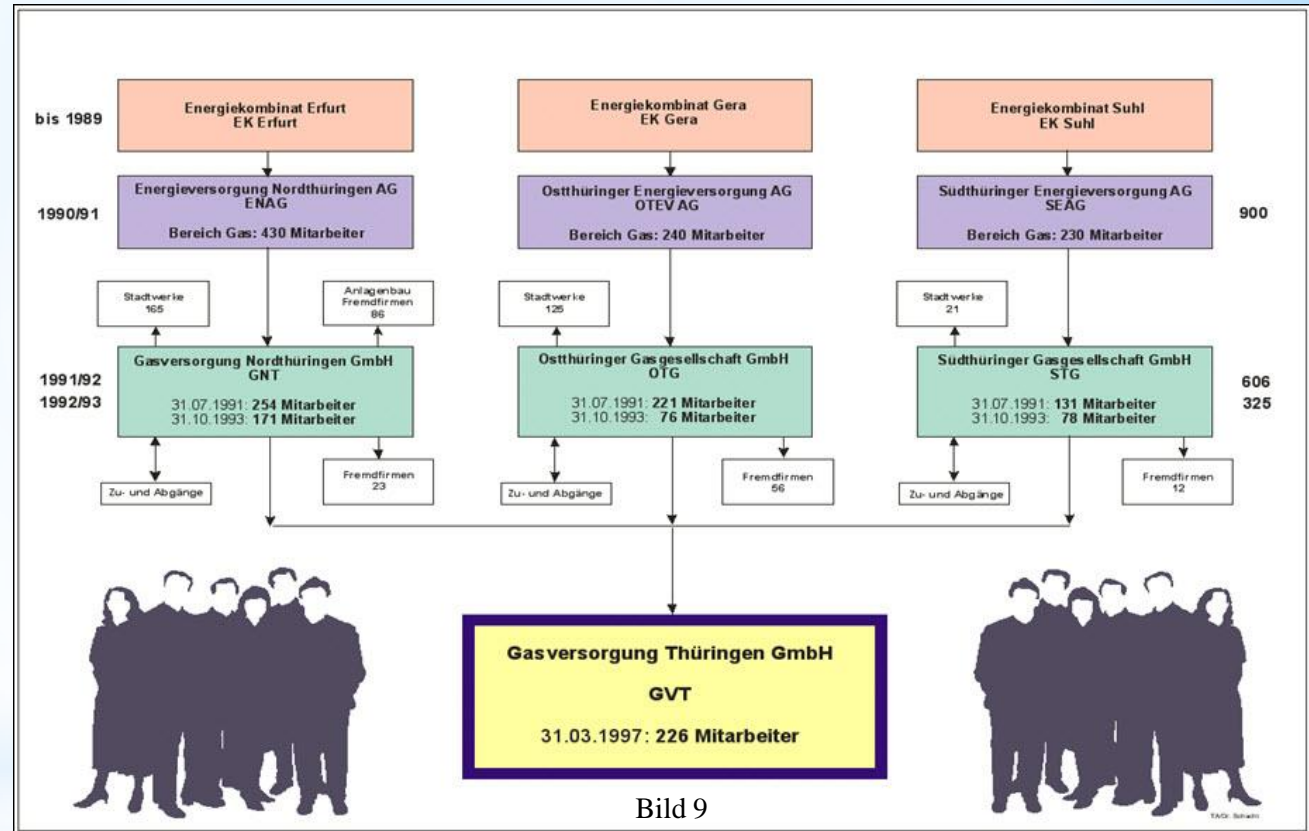


Bild 9

Daseinsvorsorge – wichtige Grundlage einer gesunden Basisdemokratie in den Städten und Gemeinden Deutschlands

Dr. Schacht, Januar 2012

Eine erschreckende und beängstigende Erscheinung der Privatisierung sind solche allein von der Gier nach immer höheren Gewinnen inspirierten Management-Strukturen, wie Outsourcing und doppelte Vermarktung der Arbeitskraft durch so genannte Leiharbeitsfirmen. Das massive Outsourcing – die Übertragung bisheriger Tätigkeiten auf andere Unternehmen, die diese Leistungen mit wesentlich geringeren Kosten erbringen müssen, als die eigenen Kräfte – führte zu einem erheblichen Verlust an Kompetenz, Erfahrungen und qualitativ guten Fachkräften im E.ON-Konzern. Um im harten Konkurrenzkampf zu überleben, mussten sich viele Dienstleistungsunternehmen auf den Einsatz von Leih- und Teilzeitarbeitern orientieren.



Im E.ON-Konzern wurden bis zum Jahre 2000 u.a. folgende Leistungen anderen Unternehmen übergeben (siehe eigene Veröffentlichungen nach 1990):

- Rohrleitungsbau (Bau- und Montage, Leistungen für TÜV)
- turnusmäßige Überwachung, Pflege, Wartung und Instandhaltung aller Anlagen (Rohrnetz, Gasdruckregelanlagen, Odoranlagen, KKS-Anlagen, Elektrische Anlagen, Fernwirk- und Fernmeldetechnik)
- Bereitschafts-, Störungs- und Reparaturdienste, Arbeits- und Brandschutz
- Arbeitsmedizinische Betreuung des Personals
- Dokumentation

Die allein aus Kostengründen durchgesetzte Verdichtung und Verschlinkung der Produktionsprozesse führte neben dem massiven Arbeitskräfte- und Lohnabbau zu einer bedeutenden Verschlechterung der Service- und Dienstleistungen des Unternehmens.

Das Versprechen, dass sich durch die Privatisierung der Energieversorgung das Angebot, die Qualität und der Service für die Kunden verbessern werden, erweist sich ebenfalls als eine Lüge.

Daseinsvorsorge – wichtige Grundlage einer gesunden Basisdemokratie in den Städten und Gemeinden Deutschlands

Dr. Schacht, Januar 2012

7. Image der privaten Daseinsvorsorge

Eigene Gespräche, Analysen und Untersuchungen in den letzten Jahren haben gezeigt, dass mindestens 2/3 der Bürger die Leistungen der Energieversorgung nach der Privatisierung als schlechter empfinden, als davor in öffentlicher Hand. Mit einem sehr aufwendigen Marketing-Programm versucht deshalb der E.ON-Konzern sein schlechtes Image aufzupolieren (Bild 10).

An den Fakten kommt E.ON jedoch nicht vorbei. Da helfen auch nicht die beste und teuerste Werbung, das raffinierteste Marketing und das großzügige Sponsoring für Sport, Kunst und Kultur. Natürlich schreiben sie sich ihre Gesetze selbst. Dafür bezahlen sie ihre Lobbyisten in den Instituten, Ministerien und in der Regierung sehr gut.



Kommentar:
E.ON: Die Musik ist schön, die Preistreiberei nicht!



„Strom aus dem Meer“

Kommentar: "Man sieht es nicht, man hört es nicht!" Wenn ich diesen Satz höre, wird mir schlecht! Wir schalten mittlerweile IMMER um, wenn die Werbung von E.ON kommt.



„E.ON glaubt an Träume“

Kommentar: jaja da wird noch eine heile Welt suggeriert, aber E.ONs Geschäftspolitik zielt nur auf reinen Gewinn und lässt den Menschen außen vor.



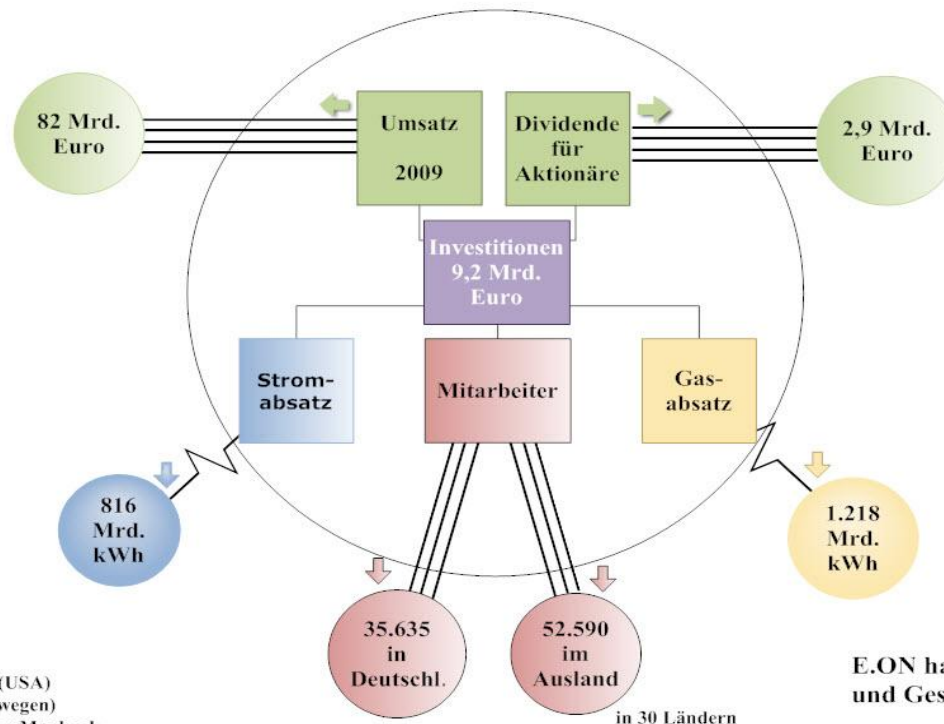
Die Spenden für die Tafeln Erfurt und Bad Langensalza finanzieren sich aus der sogenannten [Rest Cent Initiative](#) des E.ON Energie-Konzerns. Dabei spenden die Mitarbeiter freiwillig die Centbeträge ihrer monatlichen Gehalts- oder Lohnabrechnung für einen Hilfsfonds. Jede Spende aus diesem Fonds wird dann von E.ON Energie verdoppelt. Die Rest Cent Initiative wurde 2003 von Mitarbeitern und dem Gesamtbetriebsrat des E.ON Energie-Konzerns ins Leben gerufen. Der Hilfsfonds leistet bedarfsorientiert, schnell und unbürokratisch finanzielle Hilfe für Notleidende Menschen.

Daseinsvorsorge – wichtige Grundlage einer gesunden Basisdemokratie in den Städten und Gemeinden Deutschlands

Dr. Schacht, Januar 2012

Während die Gewinne des E.ON-Konzerns Jahr für Jahr steigen (Bild 11), müssen immer mehr Menschen in Deutschland an kalten Wintertagen auf die behagliche Wärme in ihren vier Wänden verzichten. Geht der Gasabsatz zurück, so müssen zur Sicherung der Gewinne die spezifischen Gaspreise zwangsläufig steigen (siehe Bilder 2 und 3). Ein Teufelskreis! Warum bringt der „Rat der Götter“ diesen Prozess nicht zum Stehen? Er kann und will es nicht. Er hat viel zu verlieren (siehe Bilder 7 und 8), denn die Hauptaktionäre entscheiden letztendlich auch über seine Existenz.

E.ON - Konzern in Zahlen (Geschäftsjahr 2009)



Vorstand:

Dr. Johann Teyssen (USA)
 Jörgen Kildahl (Norwegen)
 Prof. Dr. Klaus-Dieter Maubach
 Marcus Schenk (Investbanker)

**E.ON hat 330 Vorstände
 und Geschäftsführer**

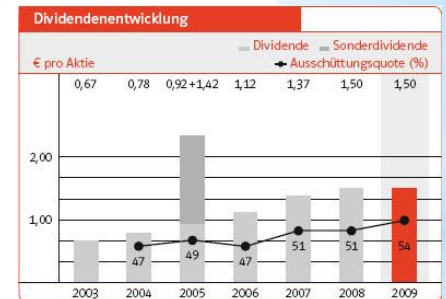


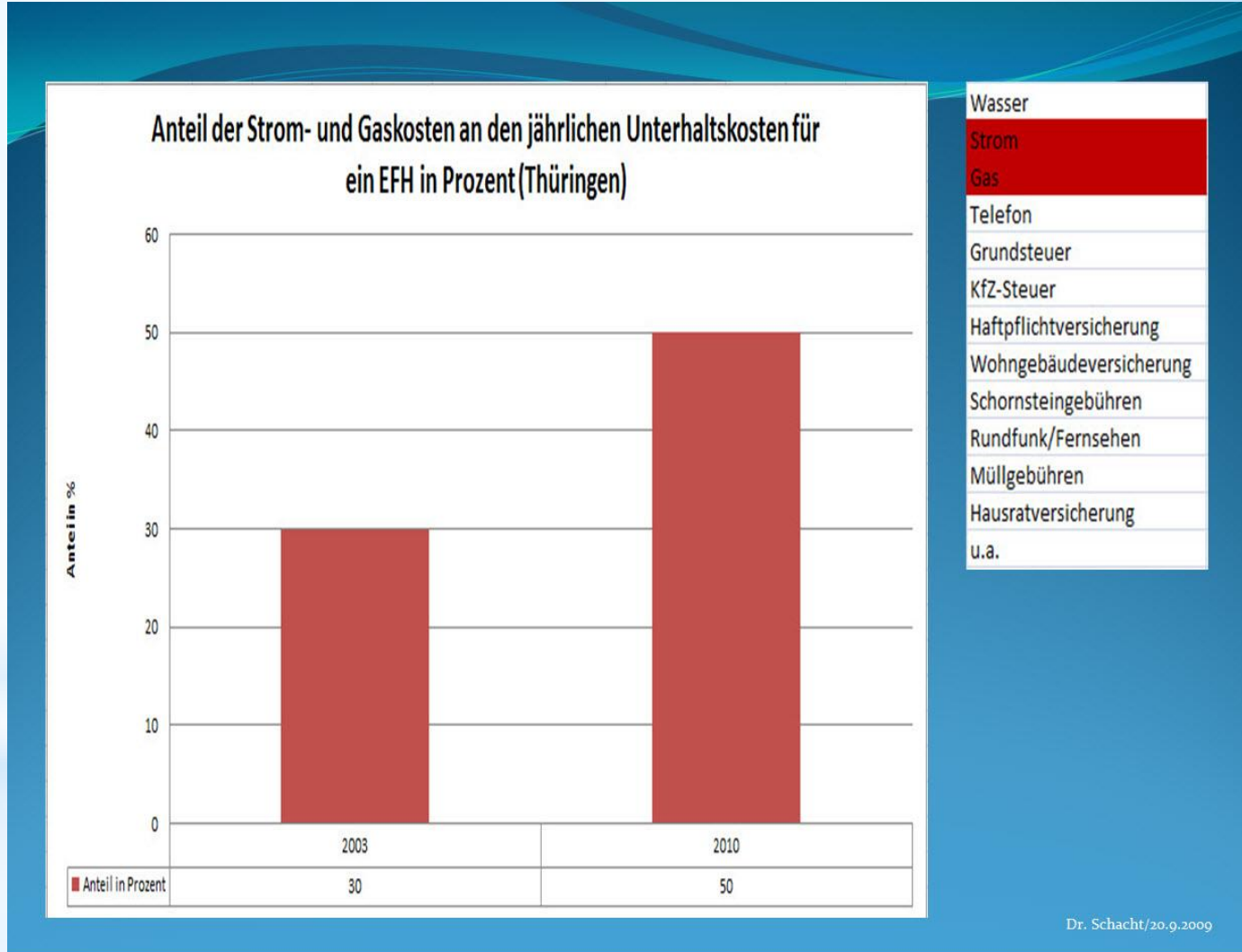
Bild 11 (Quelle: Geschäftsbericht der E.ON 2009)

Dr. Schacht
 20.01.2011

Daseinsvorsorge – wichtige Grundlage einer gesunden Basisdemokratie in den Städten und Gemeinden Deutschlands

Dr. Schacht, Januar 2012

Für viele Rentner und Bürger mit niedrigen Einkünften sind die Strom- und Gaskosten schon jetzt unbezahlbar geworden. Ihr Anteil an den jährlichen Unterhaltskosten für ein kleines Einfamilienhaus hat im Jahre 2010 in Thüringen den Wert von 50% erreicht (Bild 12).



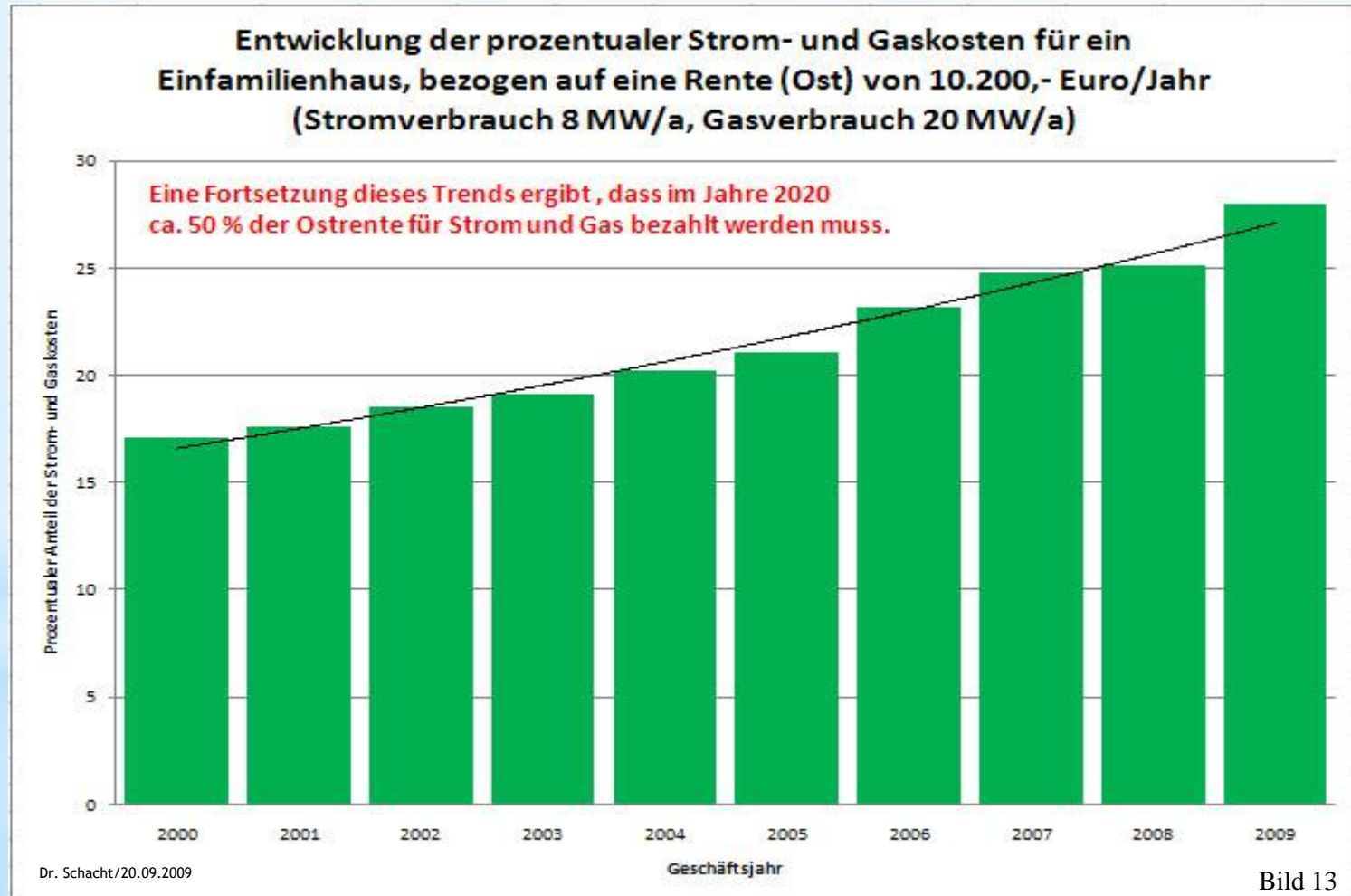
Dr. Schacht/20.9.2009

Bild 12

Daseinsvorsorge – wichtige Grundlage einer gesunden Basisdemokratie in den Städten und Gemeinden Deutschlands

Dr. Schacht, Januar 2012

Eine Fortsetzung dieses Trends ergibt, dass im Jahre 2020 ca. 50% einer durchschnittlichen Rente (Ost) nur für Strom und Gas bezahlt werden muss (Bild 13).



Daseinsvorsorge – wichtige Grundlage einer gesunden Basisdemokratie in den Städten und Gemeinden Deutschlands

Dr. Schacht, Januar 2012

5. Schlussfolgerungen

Dort wo das Streben nach Maximalprofit zum bestimmenden Faktor allen Handelns wird, bleiben Vernunft, Verstand und Verantwortung für das Gemeinwohl der Menschen auf der Strecke. Die Kritik an der totalen Vermarktung der Daseinsvorsorge hat sowohl in den Städten und Gemeinden, als auch bei ihren Bürgerinnen und Bürgern hinsichtlich ihrer Breite und Schärfe zugenommen. Immer mehr Kommunalpolitiker begreifen, dass die Einbeziehung und aktive Mitwirkung der Bürger an den demokratischen Entscheidungsprozessen in den Kommunen nur dann gelingen kann, wenn die Daseinsvorsorge von ihnen wieder in die eigenen Hände genommen wird. Konkrete und sehr positive Beispiele dafür gibt es in Deutschland schon genug (<http://www.bay-staedtetag.de>; <http://www.die-linke-bodensee.de>; <http://www.ppp-irrweg.de/ag-privatisierung/start-ppp-irrweg/>).

Auf der Grundlage der gesammelten Erfahrungen, der durchgeführten Arbeiten, Studien und Analysen lassen sich zum Thema Daseinsvorsorge im Energiebereich folgende Schlussfolgerungen ableiten:

1. Die Kosten und Preise für die Energieträger Strom und Gas, sowie alle damit verbundenen Dienstleistungen sind nach der Privatisierung der Stadtwerke bzw. anderer kommunaler Versorgungseinrichtungen erheblich angestiegen. Sie werden auch in der Zukunft weiter steigen.
2. Die Privatisierung im kommunalen Energiesektor hat zu einem Abbau vieler Dauerarbeitsplätze beigetragen. Nach vorsichtigen Schätzungen sind in Deutschland seit 1980 ca. 127.000 derartige Arbeitsplätze abgebaut worden. Weitere Entlassungen sind in den nächsten Jahren zu erwarten.
3. Durch den harten Konkurrenzkampf auf dem Markt hat sich die Situation auf dem Service- und Dienstleistungssektor erheblich verschlechtert. Gerade in diesem für die Kommunen sehr sensiblen Bereich werden im zunehmenden Maße Zeit- und Leiharbeiter eingesetzt.
4. Die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge hat bei den Kommunen zu gravierenden Steuerungs- und Handlungsverlusten geführt. Nicht selten stehen die privaten Interessen im Widerspruch zu den Zielen und Vorgaben der Kommunen.
5. Die Versuche mancher Kommunalpolitiker, die Schuld für die ständig steigenden Energiekosten auf die privaten Konzerne und den Staat zu schieben, haben sich als Bumerang erwiesen. Die öffentliche Hand kann sich auch nach der Privatisierung nicht aus ihrer Verantwortung für das Gemeinwohl und die Daseinsvorsorge zurückziehen.
6. Um die Bürger und sozialen Kräfte wieder stärker in die demokratischen Entscheidungsprozesse der Kommunen einzubeziehen, müssen kluge Strategien für den Wiederaufbau einer kommunalen Daseinsvorsorge unter Einbeziehung kleinerer und mittlerer Privatunternehmen entwickelt und praktisch umgesetzt werden. Mit solchen Konzernen wie E.ON, RWE, Vattenfall Europe und Energie Baden-Württemberg ist die Gestaltung einer kommunalen Daseinsvorsorge aus der gegenwärtigen Sicht nicht möglich (siehe auch <http://www.kf-land-brandenburg.de/kommunalpolitik/buergerkommune.pdf>).